

SAMMELSURIMUM

36. FEMINISTISCHER JURISTINNTAG

Der 36. Feministische Juristinnentag (FJT) fand dieses Jahr vom 30. April bis zum 1. Mai in Köln statt. Eröffnet wurde er am Freitagabend mit dem Vortrag „Recht - Kolonialismus – Geschlecht“ von Maria do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan. Eine Kritik der feministischen Bewegung aus postkolonialer Sicht stand somit am Beginn des Kongresses und zeigt, dass der FJT auch nach mehr als dreißig Jahren seines Bestehens ein Ort aktueller feministischer Diskussion ist.

Gegründet als „Jura-Frauen-Treffen“ im Zuge der Neuen Frauenbewegung der 1970er Jahre, setzte sich der FJT in der Anfangszeit vor allem für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und den Schutz von Opfern sexualisierter Gewalt in Gerichtsverfahren ein. In den 1980er Jahren wurde der Blick unter dem Stichwort der Intersektionalität auf unterschiedliche Diskriminierungsverhältnisse und ihre Verknüpfung gerichtet. Seit 1990 wurden auch die, zunächst in den USA geführten Diskurse um soziales und biologisches Geschlecht (gender und sex) aufgegriffen, sowie die postkoloniale Theorie. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine homogene Entwicklung. Vielmehr sind im FJT bis heute diverse Strömungen der feministischen Linken vertreten und sich nicht immer einig.

Das Programm des 36. FJT spiegelte das wider. Workshops zur Frauennarbeit in der Illegalität, den Hartz-Reformen aus feministischer Perspektive und dem Gender Mainstreaming im Frauenstrafvollzug widmeten sich der juristischen Praxis. Zudem wurden aktuelle Entwicklungen diskutiert, wie die Rechtsprechung zur Intersexualität, die Gender-Diskriminierung durch die neue Pflegezeit und die Gefahr der Altersarmut von Frauen auf Grund der Struktur der Rentenversicherung. Insbesondere für die in der Wissenschaft tätigen Juristinnen relevant war die Betrachtung der Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgesellschaft. Weiterhin wurde ein Überblick über die feministische Rechtswissenschaft gegeben, sowie der Einfluss von Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück auf die Prozesse gegen das Lagerpersonal dargestellt. Ein klassisches Thema behandelte das Forum zum Familienrecht „Wer ist Familie? Reproduktive Rechte und Pflichten – Adoption, Sorgerecht und Kinderrechte“, während zeitgleich ein weiteres Forum die Frage thematisierte „Wie das Transsexuellengesetz die Geschlechter in Ordnung hält“. Daneben konnte im Praxisseminar „Wendo - Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für FrauenLesbenTransgender“ - trainiert werden.

Trotz der dieses Jahr erstaunlich geringen Zahl von nur etwa fünfzig Teilnehmerinnen bot der FJT damit angeregte kritische und selbstkritische Diskussionen. Der nächste Kongress wird 2011 in Frankfurt a. M. stattfinden. (Annelie Kaufmann)

Weitere Informationen: www.feministischer-juristinnentag.de.

GRUNDRECHTEREPORT 2010

Auch in seinem 14. Erscheinungsjahr dokumentiert der gemeinsam mit acht weiteren Bürgerrechtsorganisationen vom Bundesarbeitskreis

Kritischer Juragruppen herausgegebene Grundrechte-Report anhand von vielfältigen Beiträgen die Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Besonders deutlich wird in dieser Ausgabe, dass Grundrechte oft aufgrund wirtschaftlicher Interessen missachtet werden und wie stark die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte inzwischen vom internationalen Recht beeinflusst wird. So widmen sich Beiträge z. B. der Einkommensdatenbank ELENA, dem SWIFT-Abkommen der EU und dem infolge des 11. September 2001 eingeführten „Terrorismusbewahrsamungs“ im Asylrecht. Daneben wird über die Nachwirkungen der Geschehnisse beim NATO-Gipfel 2009, über Internetsperren und von einem krassen Beispiel rassistischen Vorgehens bei der polizeilichen Kontrolle eines durch Deutschland reisenden Atomkritikers berichtet. Für eine kritische Auseinandersetzung damit, wie es um die grundgesetzlich garantierten Menschen- und Bürgerrechte steht, sei die Lektüre des Grundrechte-Reports wieder einmal wärmstens empfohlen! (Im)



Till Müller-Heidelberg u. a. (Hrsg.), Grundrechte-Report 2010. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 2010, 280 S., 9,95 €.

TÖDLICHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

In der nunmehr 17. Auflage ist die Dokumentation der Antirassistischen

Initiative Berlin zu den tödlichen Folgen deutscher Flüchtlingspolitik erschienen. Dabei werden einmal mehr zahlreiche Einzelschickale von Flüchtlingen offenbart, die mit der Willkür deutscher Behörden konfrontiert sind, bisweilen langjährig inhaftiert, in den Selbstmord getrieben, ins Ungewisse deportiert werden, oder bereits auf dem Weg nach Deutschland ihr Leben lassen mussten. Erschütternd ist dabei vor allem eins: Seit der Erstauflage im Jahre 1993, als sich die unwürdige Diskussion um die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gerade auf dem Höhepunkt befand, ist der staatliche und gesellschaftliche Rassismus keineswegs abgeebbt – vielmehr zeigt er sich jedes Jahr in seinen neuesten, folgensweren Facetten. (ml)

Antirassistische Initiative e.V., Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre Folgen – 1993-2009, 17. Auflage 2010, 520 S., 18 €. Zu bestellen unter: www.ari-berlin.org.

DEMOKRATIE UND ÖFFENTLICHKEIT

Unter welchen Bedingungen wird in der Bundesrepublik öffentlich über Politik verhandelt? Diese Frage stellt ein bundesweiter Kongress mit dem Titel „Demokratie und Öffentlichkeit“, der vom 1. bis 3. Oktober in Berlin stattfinden wird. Dabei soll über Geheimhaltung und Transparenz in Staat und Wirtschaft sowie über die Rolle der Massenmedien diskutiert, und die vielfältigen Gegenbewegungen analysiert werden. Veranstaltet wird der Kongress u.a. von der Humanistischen Union und dem Grundrechtekomitee. Alle Interessierten sind eingeladen, sich zu beteiligen. (ml)

Weitere Informationen: <https://oeffentlichkeit-und-demokratie.de>.